

Hannover | 09. März
2018

Konjunkturausblick 2018: Luft wird dünner, Risiken wachsen

Konjunkturausblick
2018: „Drohender
Handelskrieg verhagelt
die Stimmung.
Fachkräftemangel wird
zur handfesten
Wachstumsbremse.“

„Die niedersächsische Metall-
und Elektroindustrie steuert
im Sog der Weltkonjunktur
und eines seit Jahren

aufgestauten Nachholbedarfs bei Investitionsgütern im Winterhalbjahr 2017/18 auf einen neuen Konjunktur-Höhepunkt zu.

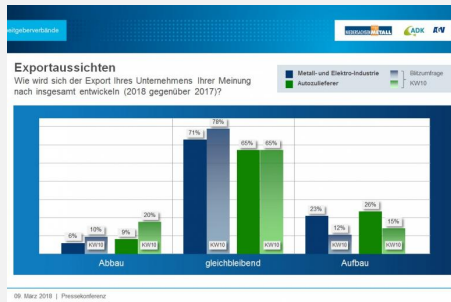
Gleichzeitig spüren wir zuletzt deutlich: Die Luft wird dünner, die Risiken wachsen.“ So fasst Dr. Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer der Gemeinschaft der Arbeitgeberverbände im Haus der Industrie in Hannover, die Ergebnisse einer Umfrage unter rund 900 Mitgliedsunternehmen der Industrieverbände im Haus der Industrie zusammen. „Rund 50 Prozent der Unternehmen der M+E-Industrie gingen Mitte Februar von einer besseren Lage bei den Auftragseingängen gegenüber 2017 aus, etwa ein Drittel der Unternehmen planen, noch einmal mehr Mitarbeiter einstellen zu wollen. Ein drohende Handelskrieg verhagelt allerdings die Stimmung deutlich messbar.“

Strafzölle sind Zäsur nach 70 Jahren freiem Welthandel - Geschlossenheit ist das Gebot der Stunde

So bedeuteten die gestern verkündeten Strafzölle bei Stahl und Aluminium, laut Schmidt, eine Zäsur nach 70 Jahren freiem Welthandel: „Sie können am Ende einen Flächenbrand auslösen, der in einer Eskalationsspirale aus Aktion und Reaktion mündet. Ein solcher Handelskrieg kennt am Ende nur Verlierer. Da gibt es kein win-win, da gibt es nur loose-loose. Das ist deutlich messbar: seit Ankündigung der Strafzölle vergangene Woche haben sich die Erwartungen im Bezug auf neue Aufträge und die Exportchancen beinahe halbiert. Die Gefahr eines weltweiten Handelskrieges wird in den Unternehmen zunehmend als reale Gefahr gesehen.“

Schmidt fordert eine geschlossene Haltung der EU: „Donald Trump muss man klar zeigen: Stopp, bis hier und nicht weiter. Wir hoffen hier insbesondere auf die Vernunft der Republikanischen Partei in den USA. Die Europäer handeln im Einklang mit WTO-Recht, wenn sie auf die völlig unbegründeten Schritte des amerikanischen Präsidenten mit punktuellen Nadelstichen handeln, von Einfuhrzöllen auf die viel zitierte Erdnussbutter, den Whiskey bis zur Harley-Davidson.“





Fachkräftemangel wird zur echten Wachstumsbremse

Zum handfesten Problem entwickelt sich, laut Schmidt, derweil der Mangel an Fachkräften: „Das droht zur echten Wachstumsbremse zu werden. Über 30 Prozent der Unternehmen geben an, bereits Produktionseinschränkungen auf Grund von fehlenden Arbeitskräften zu spüren. 71 Prozent aller Industriebetriebe haben mittlerweile Probleme, freiwerdende Stellen noch nach zu

besetzen.“

Gerade die klassische duale Ausbildung gerate zunehmend in eine Sandwich-Position zwischen fehlendem Nachwuchs aus demografischen Gründen einerseits und einer Studienhype vieler Schulabsolventen auf der anderen Seite. Schmidt: „Es hilft weder der Gesellschaft noch der Wirtschaft, wenn jeder glaubt, er müsse studieren. Wir müssen daher der beruflichen Qualifizierung höchste Priorität einräumen. Wir brauchen einen Kraftakt der Landespolitik für die Qualität der Ausbildung in den Berufsschulen. Wenn wir nicht gegenhalten, sieht es Niedersachsen in 20 Jahren so aus, wie in anderen Teilen der Republik schon heute: Industrielle Arbeitsplätze in den Städten, Tourismus, Altenheime und ein wenig Landwirtschaft auf dem Lande.“

Großes Potential bei der Beschäftigung älterer Mitarbeiter - Flexirente richtiger Weg

Großes Potential liege darüber hinaus in der Beschäftigung von älteren Mitarbeitern - 70 Prozent der Unternehmen setzten laut der Umfrage mittlerweile vermehrt auf die bessere Einbindung älterer Mitarbeiter zur Bewältigung des Fachkräftemangels über die Hälfte hätten bereits aktiv Maßnahmen wie ergonomische Arbeitsplätze, individuelle Teilzeitregelungen und Sportangebote in der Umsetzung.

Schmidt lobte in diesem Zusammenhang die 2017 eingeführte Flexi-Rente: „Wir sind der Auffassung, dass sie in die richtige Richtung weist. Wer über die Regelaltersgrenze hinaus arbeiten will und

kann, bekommt je Monat einen um 0,5 Prozent höheren Rentenanspruch, auf das Jahr gerechnet 6 Prozent. Zusätzlich können Arbeitgeber und Arbeitnehmer weiter in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und die spätere Rente pro Jahr darüber hinaus um weitere Entgeltpunkte erhöhen. Das ist ein guter Anreiz. Die Qualifikation der altersbedingt ausscheidenden Beschäftigten wird immer besser und immer mehr von ihnen möchten sich weiter einbringen. Die Flexi-Rente wird zunehmend an Bedeutung gewinnen.“

Betriebe bemühen sich um Geflüchtete - Sprachniveau kaum verbessert, Bleiberecht notwendig

Geflüchtete spielen in diesem Zusammenhang eine zunehmend kleinere Rolle. Mittlerweile glaubten nur noch 14 Prozent der Betriebe, dass Geflüchtete bei der Bewältigung der Fachkräftemangels eine bedeutende Rolle spielten. Dennoch habe sich an der Bereitschaft, Flüchtlinge zu beschäftigen, nichts verändert, so Schmidt: „Das macht uns grundsätzlich hoffnungsfroh. Das Problem aber ist, dass trotz vielfacher Bemühungen 85 Prozent unserer Betriebe keine verstärkten Anfragen oder Bewerbungen von Flüchtlingen gegenüber dem Jahr 2016 feststellen können und 87 Prozent von denjenigen, die Bewerbungen erhalten, immer noch derart massive Sprachmängel bei Flüchtlingen feststellen, dass sie am Ende einer Einstellung im Wege stehen. Aber man braucht bspw. bei der 2 ½-jährigen Ausbildungen zum Maschinen- und

Anlagenführer zumindest Grundverständnisse im technischen Deutsch.“

Es bliebe dabei dass die berufliche Integration von Flüchtlingen eine gigantische Kraftanstrengung für die Betriebe sei: „Wir meinen: Wer als eingeschränkt geduldeter Asylbewerber seine Ausbildung mit Erfolg abgeschlossen hat, soll in Deutschland bleiben dürfen, wenn er denn will. Wir sind auf diese jungen Menschen angewiesen, nicht nur das: Wir können froh sein über jeden, der uns auf diesem Wege als ausgebildete Fachkraft zur Verfügung steht. Und auch die Betriebe stellen sich doch die Frage, ob man mit großen Anstrengungen drei Jahre in die Ausbildung eines Geflüchteten investieren soll, wenn völlig unklar ist, ob er danach im Lande bleiben darf.“

Konjunkturaufschwung belebt Investitionen am Standort - Dieseldebatte hinterlässt Kerben

Ein positiver Effekt des Konjunkturaufschwungs ist die deutliche Belebung der Investitionsgüternachfrage, von der insbesondere der Maschinenbau profitiert habe. Schmidt führt das vor allem auf zwei Ursachen zurück: „Der seit Jahren aufgestaute Nachholbedarf bei Investitionsgütern im Inland und die einsetzende Digitalisierung in Produktion und Logistik, die auch in unseren Betrieben den Investitionsmotor endlich wieder ins Laufen gebracht haben, sorgen für diesen erfreulichen Anstieg der Investitionen.“ Von den Unternehmen, die auf Vorjahresniveau oder stärker investieren wollen, bauen immerhin 32 Prozent heimische Kapazitäten auf, anstatt nur

Ersatzinvestitionen zu tätigen. Das sei ein seit Jahren nicht mehr gemessener Wert.

„Allerdings hat die hysterisch anmutende öffentliche Debatte um den Diesel in Deutschland in der Autozulieferindustrie bereits deutliche Kerben bei den Auftragseingängen und in den Erwartungen für 2018 hinterlassen“, so Schmidt abschließend. So schlugen die deutlichen Marktverschiebungen zu Lasten der Dieselsechnologie zum Teil heftig bei einigen Zulieferern durch. „Das berührt unmittelbar die Produktionsplanungen bei den Zulieferbetrieben, die vor allem auf die Diesel-Technologie ausgelegt sind oder die etwa Kunststoffe und Dämmmaterial produzieren, die in Dieselfahrzeugen ungleich stärker zum Einsatz kommen als bei Benzinern.“

Downloads

Konjunkturumfrage 2018 ‐ PDF 930.05 KB

Pressemeldung ‐ PDF 254.61 KB

Alle herunterladen

Ansprechpartner



Isabel Christian

Leiterin Presse und Online, Pressesprecherin

05 11 / 85 05 - 215

05 11 / 85 05 - 201

[E-Mail schreiben](#)

[Businesscard herunterladen](#)